Deputation für Bildung

(städtisch)

Sitzungsprotokoll der 30.Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
05. Oktober 2006	**17.30 Uhr**	**19.00 Uhr**	**Rembertiring 8 – 12** **28195 Bremen**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 07. September 2006	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Bericht über das Einstellungsverfahren für neue Lehrkräfte zum Schuljahr 2006/2007 -1. Schulhalbjahr-	Vorlage G 181
TOP 5	Schulstandortkonzept für die beruflichen Schulen	Vorlage G 182
TOP 6	Organisationsprozess des Landesinstitutes für Schule (LIS) Hier: Einrichtung eines Zentrums für Schülerbezogene Beratung	Vorlage G 183
TOP 7	Zukünftige Nutzung des Gebäudes auf der Hohwisch Hier: schulorganisatorische Maßnahmen zur schrittweisen Verschmelzung der Dependance Hohwisch der Schule am alten Postweg und der Kinderschule	Vorlage G 184
TOP 8	Zukünftige Nutzung des ehemaligen Hochschulgebäudes am Wandrahm Hier: Herrichtung zur Aufnahme des Fachbereichs Zahntechnische Berufe des SZ Sek. II Walle und Klassen/Ganztagseinrichtungen des Alten Gymnasiums	Vorlage G 185
TOP 9	Standortveränderungen für die Einrichtungen des Landesinstitutes für Schule	Vorlage G 186

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 7 „Zukünftige Nutzung des Gebäudes auf der Hohwisch, hier: schulorganisatorische Maßnahmen zur schrittweisen Verschmelzung der Dependance Howisch der Schule am Alten Postweg und der Kinderschule“ wird vorgezogen und nach TOP 2 behandelt. Die Tagesordnungspunkte 6 „Organisationsprozess des Landesinstitutes für Schule (LIS) Hier: Einrichtung eines Zentrums für Schülerbezogene Beratung“ und 9 „Standortveränderungen für die Einrichtungen des Landesinstitutes für Schule“ sollen zusammen beraten werden. Die Deputation für Bildung stimmt der Tagesordnung mit diesen Änderungen zu.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 07. September 2006

Das Protokoll der 29. Sitzung der Deputation für Bildung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 7 **Zukünftige Nutzung des Gebäudes auf der Hohwisch** **Vorlage G 184**
Hier: Schulorganisatorische Maßnahmen zur schrittweisen Verschmelzung der Dependance Hohwisch der Schule am alten Postweg und der Kinderschule

Senator Lemke bittet, den Beschlussvorschlag um folgenden Passus zu ergänzen: „3. Durch entsprechende Vorkehrungen in der Schule Am Alten Postweg wird sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler aus dieser Schule auch nach Klasse 4 in einem organisierten Verfahren in die weiterführende Schule gehen können“. Herr Sudmann (Elternsprecher der Schule Hohwisch) weist darauf hin, dass im vergangenen Jahr Zusagen zum Erhalt der Schule Hohwisch gemacht wurden, über die die Betroffenen sehr froh waren. Er sei irritiert über die von Seiten der Behörde vorgelegten Zahlen, da nach Erkenntnisstand der Elternschaft die Schülerzahl in Hastedt eher zunehmen wird. Er kritisiert, dass die vorgesehene Verschmelzung nicht die Zusammenführung der Grundschule Hohwisch und der Kinderschule bedeute sondern dass die Schule Hohwisch auslaufen soll. Weiterhin kritisiert er, dass mögliche Alternativen nicht intensiv genug geprüft wurden. So könnte zum Beispiel die Stiftung Wohnliche Stadt einspringen, um den Dachboden für eine Nutzung durch die Schulgeschichtliche Sammlung herzurichten. Er bekräftigt die Bitte der Eltern, die Schule an der Hohwisch gemeinsam mit der Kinderschule und der Schulgeschichtlichen Sammlung an einem Ort zu belassen. Frau Stahmann führt an, dass die Unterbringung dieser drei an einem Standort dem ursprünglichen Beschluss entspräche. Frau Schubert (Elterninitiative Schule auf der Hohwisch) weist darauf hin, dass es besonders für die im Übergangswohnheim untergebrachten Kinder schwierig wird, wenn die Schule auf der Hohwisch sie nicht mehr aufnehmen kann. Ein Übergang an die Kinderschule sei für diese Kinder schon wegen der an der Kinderschule erforderlichen Elternmitarbeit illusorisch. Herr Rohmeyer befürchtet, dass durch die Kinderschule das Problem des Schulgeldes in öffentlichen Schulen aufkommen kann. Um dem entgegen zu wirken, muss das Angebot mittelfristig zu einem normalen staatlichen Ganztagsschulangebot hin entwickelt werden. Viele Methoden die an dieser Schule bevorzugt würden, sind inzwischen auch von anderen Schulen übernommen worden. Er betont, dass das Schulangebot in Hastedt attraktiv bleiben muss. Um dies zu erreichen, sollte auch eine soziale Staffelung der Gebühren vorgesehen werden. Die geäußerten Bedenken müssen in die weiteren Überlegungen einbezogen werden und auch längerfristig bei einer Überprüfung der Entwicklung bedacht werden. Außerdem sei sicher zu stellen, dass die Schule Alter Postweg ihren Teil durch die sinnvolle Organisation eines 4-jährigen Grundschulangebotes beiträgt. Frau von Ilsemann erläutert, dass das von den Eltern zu zahlende Geld die Gebühr für den Hortplatz darstellt. Die sozial gestaffelten Gebühren entsprechen den Hortgebühren. Herr Sudmann erwidert, dass der verpflichtende Hortbesuch der Kinderschule nicht mit dem freiwilligen Hortbesuch an einer staatlichen Schule zu vergleichen ist. Frau von Ilsemann entgegnet, dass die Verbindlichkeit der Kinderschule im Hinblick auf die Hortnutzung mit der Ganztagsschule vergleichbar ist. Frau Stahmann bedauert, dass die Eltern die am meisten für den Erhalt ihrer Schule gekämpft haben nun die sind, die sich nicht durchsetzten könnten. Sie bittet, insbesondere die Nutzbarmachung des Dachbodens so wie andere Maßnahmen zu prüfen. Frau Lüking erläutert, dass die Schülerzahl in der östlichen Vorstadt etwa auf gleichem Niveau bleiben, im Bereich Hemelingen jedoch sinken werden. Herr Sudmann weist darauf hin, dass die Zahlen im Ortsteil Hastedt steigen würden. Frau Lüking führt aus, dass die Schulgeschichtliche Sammlung ihre Bestände reduziert hat und so verhindern konnte, dass weitere Räumlichkeiten angemietet werden müssen. Vorübergehend können Kellerräume genutzt werden. Eine Nutzbarmachung des Dachbodens würde die Behebung erheblicher statischer Probleme erfordern. Die hierdurch versuchten Kosten wären bei Weitem zu hoch. Sie weist darauf hin, dass die Stiftung Wohnliche Stadt keine Mittel zum Schulausbau bereitstellen werde. Herr Sudmann antwortet, dass die Schulgeschichtliche Sammlung jedoch einen Antrag bei der Stiftung Wohnliche Stadt stellen kann, wenn sie die neu geschaffenen Ausstellungsräume nutzt. Er bittet, dies erneut zu prüfen. Senator Lemke entgegnet, dass die gemachten Zusagen eingehalten werden. Es wurde zugesagt, dass am Standort Hohwisch ein schulisches Angebot erhalten bleibt. Dies ist durch die Kinderschule auch der Fall. Ein Ausbau der Schule ist zu teuer, ein Umzug der Schulgeschichtlichen Sammlung ebenfalls. Er bekräftigt, dass es nötig ist, dieses Thema zu einem Abschluss zu bringen. Der gefundene Kompromiss ist vor allem auch im Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen die beste Lösung, wenngleich ein Erhalt aller drei Einrichtungen natürlich wünschenswert wäre. Herr Sudmann schlägt vor, erneut zu prüfen, ob man an der Schule enger zusammenzurücken oder andere Möglichkeiten findet, um die

Grundschule zu retten. Frau Schmidtke findet, dass dies keine Alternativ ist, da Kinder für ihre Entwicklung Platz benötigen. Sie stimmt dem Beschlussvorschlag zu. Frau Stahmann findet die Argumente der Eltern nachvollziehbar, vor allem, da ursprünglich eine andere Lösung beschlossen wurde. Sie bittet daher, den Eltern noch mal Zeit zu geben, um nach einer anderen Lösung zu suchen. Herr Rohmeyer regt an, dass die Deputation die Beratung der Problematik wieder aufnimmt, wenn es den Schulen und der Schulgeschichtlichen Sammlung doch gelingt, eine Einigung zu erzielen. Senator Lemke stimmt dem zu und schlägt vor, die Vorlage wie vorgeschlagen zu beschließen, dieses Thema zur nächsten Sitzung aber wieder aufzurufen, wenn bis dahin ein Kompromissvorschlag durch die Elterninitiative vorgelegt werden kann, der den bestehenden Finanzrahmen einhält.

Beschluss (bei 2 Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen)

1. Die Deputation für Bildung bestätigt ihren Beschluss vom 07.09.2006, die Kinderschule Bremen zum Schuljahr 2007/2008 mit der Dependance Hohwisch der Schule Am Alten Postweg organisatorisch zu verschmelzen.
2. Die Deputation für Bildung stimmt den aufgezeigten organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen für diesen Prozess zu und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um eine zügige Umsetzung.
3. Durch entsprechende Vorkehrungen in der Schule Am alten Postweg wird sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler aus dieser Schule auch nach Klasse 4 in einem organisierten Verfahren in die weiterführende Schule gehen können.

TOP 3 Verschiedenes

1) Die Antwort auf die Frage von Herrn Rohmeyer zum Zustand der **Werkräume an der Grundschule St. Magnus** wurde versandt.

2) Der von Frau Schmidtke erbetene Sachstandsbericht zur räumlichen Kooperation der **Grundschule Fährer Flur und der KiTa Lobbendorf** wurde versandt.

3) Die Antwort auf die Frage von Herrn Rohmeyer zur Herrichtung des **Gebäudes Heisterbusch** wurde versandt. Herr Rohmeyer bittet, um einen Bericht zur Einschätzung der Unfallgefahr durch Schäden an der Schule Heisterbusch und zur Terminierung der Sanierung.

4) Die von Frau Stahmann erbetene Darstellung der **Auswahlkriterien** für die Auswahl der **Gymnasialen Oberstufe** für die Kooperation mit dem Zentrum für Umweltforschung und Technologie wurde versandt.

5) Herr Rohmeyer bittet um eine Erläuterung zu Presseberichten über eine kritische **Einschätzung der Privatschulen** durch den Senator. Senator Lemke erwidert, dass er grundsätzlich Privatschulen nicht ablehnt, die Entwicklung aber beobachtet werden müssen. Es dürfe nicht passieren, dass die besten Schülerinnen und Schüler aus den staatlichen Schulen auf Privatschulen wechseln und das staatliche Schulsystem zu einer „Restschule“ gerät.

6) Herr Rohmeyer fragt, wie die Perspektive der **Hauptschulklassen der Schule in der Vahr** ist.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung zu.

TOP 4 Bericht über das Einstellungsverfahren für neue Lehrkräfte zum Schuljahr 2006/2007 – 1. Schulhalbjahr – Vorlage G 181

Herr Bürger kritisiert, dass in einem von ihm in der letzten Sitzung bereits geschilderten Fall ein junger Lehrer mit der Fächerkombination Sport und Physik nicht nach Bremen geholt wur-

de. Frau Sählbrandt erläutert, dass ein anderer Bewerber wegen des 2. Fächerwunsches der Schule eingestellt wurde. Senator Lemke kündigt an, dass zukünftig dafür gesorgt werde, dass noch mehr Stellen schulscharf ausgeschrieben werden.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 5 Schulstandortkonzept für die beruflichen Schulen Vorlage G 182

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt dem aufgezeigten Verfahren zu.

TOP 6 Organisationsprozess des Landesinstitutes für Schule (LIS) Hier: Einrichtung eines Zentrums für schülerbezogene Beratung Vorlage G 183

und

TOP 9 Standortveränderungen für die Einrichtungen des Landesinstitutes für Schule Vorlage G 180

Frau Schmidtke lobt, dass die Interessen Bremen-Nords so gut berücksichtigt seien. Sie weist darauf hin, dass bei den Beratungsangeboten keine weiteren Einsparpotentiale mehr vorhanden sind. Frau Stahmann fragt, ob im Zusammenhang mit dem Lidice-Haus auch das Präventionsangebot erhalten werden soll. Herr Bürger möchte wissen, wann die Standortentscheidung in Bremen-Nord fallen soll. Herr Dr. Fleischer-Bickmann führt aus, dass Bremen-Nord ein wichtiger Standort ist, in dem Strukturen sowohl im Bereich Medien als auch in der Beratung vorgehalten werden müssen. Die Beratungen über den geeigneten Standort sollen in der nächsten Woche beginnen. Frau Schmidtke fragt, ob die Schulpsychologische Beratung eingeschlossen ist und wer die Trägerschaft übernimmt. Herr Fleischer-Bickmann bejaht, dass dies eingeschlossen ist, die Frage der Trägerschaft ist noch nicht geklärt.

Zu TOP 6: Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt der Anmietung des Standortes Große Weidestraße bzw. der Lösung für die Dependance in Bremen-Nord grundsätzlich zu.

TOP 8 Zukünftige Nutzung des ehemaligen Hochschulgebäudes Am Wandrahm Hier: Herrichtung zur Aufnahme des Fachbereichs Zahntechnische Berufe des SZ Sek. II Walle und Klassen/Ganztagseinrichtungen des Alten Gymnasium Vorlage G 185

Senator Lemke erläutert die Vorlage. Frau Stahmann spricht sich dafür aus, die nächste Sitzung des Unterausschusses Berufliche Bildung im BfZ durchzuführen.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der Anmietung des ehemaligen Hochschulgebäudes Am Wandrahm, dem vorliegenden Nutzungskonzept und der aufgezeigten Finanzierung zu.

Senator	Sprecherin	Protokollantin